

**Erste Lesung
Gesetzentwurf
Landesregierung
Zweites Gesetz zur Änderung straßenrechtlicher Vorschriften
– Drucks. 20/5472 –**

Rede Rolf Kahnt am 28. April 2021

<https://www.youtube.com/watch?v=hRJ7a-raDpw&t=2131s>

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Der Gesetzentwurf der Landesregierung ist sehr gut. Er ermöglicht, öffentliche Straßen zeitlich befristet für stationsbasiertes Carsharing zur Verfügung zu stellen.

Carsharing sorgt – ich wiederhole jetzt einmal, was die anderen vor mir auch schon gesagt haben – natürlich für mehr Lebensqualität, besonders in belasteten Innenstädten mit Einwohnerzahlen beispielsweise ab 50.000 aufwärts. Das beweisen allerdings schon allein die dortigen Carsharingkunden. 32 % von ihnen fahren nämlich öfter Rad, 70 % seltener Auto, und 40 % benutzen öfter Bus und Bahn.

Stationsbasierte Systeme sprechen im Gegensatz zu den Free-Floating-Systemen diejenigen Kunden stärker an, die aus vielerlei Gründen auf das eigene Auto verzichten. So haben 78 % der Carsharingkunden in Innenstädten kein eigenes Auto. Sie sind der Überzeugung, dass sie dort kein eigenes Auto brauchen.

Der Gesetzentwurf bietet daher zusätzliche Vorteile für Verbraucher, für die die Leihstationen nicht gerade um die Ecke liegen. Dafür sprechen Fakten. 82 % der in Städten Lebenden wünschen sich weniger Autos in den Städten. Carsharing ist umweltfreundlich; es ersetzt bis zu 20 private Pkw. Carsharing ist übrigens billiger als ein eigenes Auto, und Autos stehen durchschnittlich 23 Stunden pro Tag ungenutzt am Straßenrand.

Es gibt inzwischen deutschlandweit 2,4 Millionen Nutzer. Darüber hinaus bewirkt Carsharing ein reflektiertes Fahrverhalten. Moderne Stadtentwicklungsplaner sehen für belastete Innenstädte vorbildliche Effekte für lebenswertere Innenstädte. Verkehrs- und Umweltbelastungen werden vermindert. Kurzum: Die Lebensqualität steigt dadurch. Die Vorteile des Carsharings sind also offenkundig.

Streiten wir uns doch nicht darum, wer nun den besseren, vielleicht auch unbürokratischeren Gesetzentwurf vorgelegt hat. Es geht doch eigentlich um Grundsätzliches, nämlich um die Entlastung belasteter Innenstädte. Dieser Gesetzentwurf ist es allemal wert, dass man ihn gemeinsam und geschlossen begrüßt.

Vielen Dank.